

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung

Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung

c/o SRG Deutschschweiz

Fernsehstrasse 1-4

8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 12. Juni 2024

Dossier Nr. 10167, «Rundschau» vom 8. Mai 2024 – «Linksextrem und gewaltbereit: Recherche von der Demo-Front»

Sehr geehrte Frau XY

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 22. Mai 2023, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

«Beanstandung: Einseitige und „manipulative“ Berichterstattung.

Rundschau vom 8. Mai 24: linksextrem und gewaltbereit –Recherche von der Demofront

Sicher kennen Sie das Märchen von Hans Christian Andersen: «Des Kaisers neue Kleider».

In dieser Geschichte kann man u.a. exemplarisch sehen, dass je mehr Menschen eine Meinung vertreten und je höher der Status der anderen Person (z.B., weil sie Experten sind), desto stärker beeinflusst dies die Meinung des Einzelnen. Im Märchen über die nicht vorhandenen Kleider des Kaisers wird dies bis ins Absurde geführt.

Beim Anschauen des Berichts „linksextrem und gewaltbereit“ stellten sich mir folgende 2 Fragen:

• Müssen die Medienschaffenden solche Sendungen unter einem so massiven Zeitdruck erstellen, dass nicht mehr genügend Ressourcen für eine sorgfältige Recherche vorhanden sind?

Oder

• ist es wie im obigen Märchen, dass dem/der Zuschauer:in Dinge weisgemacht werden, die so nicht sind?

Drei Beispiele dazu:

- *Schon zu Beginn der Sendung wird die Behauptung aufgestellt, dass in den letzten Jahren eine Zunahme der linksextremen Gewalt festgestellt wird. Eine Behauptung, welche ua. der Extremismusforscher, Dirk Baier vom Institut für Delinquenz- und Kriminalprävention, ZHAW so nicht bestätigt. Er bestätigt zwar, dass der Linksextremismus in der Schweiz aktiver sei als der Rechtsextremismus, aber kaum mit physischer Gewalt gegen Personen.*

Der Nachrichtendienst des Bundes drückt sich in seinem Lagebericht vom Mai 23 bez. der Gefährdung der Bevölkerung durch gewalttätige, linksextremistische Szene ausschliesslich im Konjunktiv aus, während die Bedrohung durch rechtsextremistisch motivierte Aktivitäten mit Beispielen aus dem Ausland doch klar benannt werden.

- *In einer Sequenz wird eine Gruppe von Jugendlichen gezeigt, welche sich mit einem Polizisten prügeln. Ziel sei es, die Rodung des Waldes zu stoppen, um das Klima zu schützen. Wäre es da nicht angebracht, kurz zu erwähnen, dass die Erweiterung der Kiesgrube und die dafür notwendige Rodung des Waldes auf die Kappe des Holcim-Konzerns geht, welche für den Löwenanteil der weltweit ausgestossenen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist?*

Sie hätten die Möglichkeit gehabt, das Narrativ von «gewaltwilligen» Linksextremen zu verändern. Z.B. zu erwähnen, dass es den Jugendlichen, die nicht die Agressor:innen waren, nicht um Krawall geht, dass sie sondern darum ihre Lebensgrundlage zu retten; was ich eigentliche vor der Verursacher-Generation erwarten würde.

- *In einer weiteren Sequenz „Delegiertenversammlung der Juso in Frauenfeld“ spricht Melanie Del Fabro von zivilem Ungehorsam und, dass es „radikale“ Lösungen brauche. Aussagen, welchen man in einer differenzierten Reportage nachgehen müsste. Aber nein, flott geht es zu neuen, reisserischen, medienwirksamen Bildern. Schon die minimalsten Hinweise, dass Radikalismus u.a. gem. Bötticher, 2019 auf jegliche Form von Gewalt verzichtet und es im Vergleich zum Extremismus nicht darum geht, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen, würde den/die Zuschauer:innen nicht dazu verführen, die Juso in die Ecke der gewaltwilligen Linksextremen rutschen zu lassen.*

Auf weitere Beispiele verzichte ich.

Ich denke, dass es ersichtlich ist, wie der Bericht, vermutlich einer Mehrheit der Zuschauer:innen vorgaukelt, eine umfassende, objektive und wahrheitsgetreue Information zu „linksextrem und gewaltbereit“ erhalten zu haben.

Nun ja, der Kaiser glaubte auch, dass er der am besten angezogene Mann sei, bis ihm ein Kind die Wahrheit sagte.

Ob Sie wohl die Rolle des Kindes in einem nächsten Bericht über Linke, Klimaschützer etc. etwas mehr berücksichtigen könnten?»

Die **Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Für den Beitrag in der Rundschau vom 8. Mai sind wir einer klaren Fragestellung gefolgt: Wie grenzt sich die Juso von linksextremen Gruppierungen ab, insbesondere von deren Methoden und Denkweisen. Dazu haben wir versucht, die potenziellen Berührungspunkte aufzuzeigen. Die bestehen bei am ehesten bei Demos, bei Aktionen rund um den Klimaschutz und beim Kampf gegen Faschismus. Wir haben die linken Exzesse gezeigt in Sachen Gewalt, Sachbeschädigung und illegalen Handlungsweisen und die Juso konkret damit konfrontiert. Da es mit Frau Rizvi auch Juso-Leute gibt, die sich in radikalen bis extremen Gruppierungen bewegen, haben wir auf sie fokussiert.

Zu den konkreten Punkten in der Beanstandung:

Zunahme der linksextremen Gewalt

Wir stützen uns dabei auf Belege seitens der Behörden. Konkret haben wir auf eine Zunahme der Kosten im Kanton Zürich verwiesen, die von 400'000 im Jahr 2022 auf 2.5 Mio. im Jahr 2023 zugenommen haben. Die Demos mit Gewaltanwendung allein im Kanton Zürich sind von 2022 bis 2023 von 10 auf 15 angestiegen. Wir haben 2022 im Beitrag als «Coronajahr» bezeichnet, weil damals noch Massnahmen angeordnet waren. Allerdings nur von Januar bis Februar 2022. Im Rest des Jahres nicht.

Die Tendenz, die der Nachrichtendienst des Bundes beobachtet, ist klar: Im letzten Bericht wird Linksextremismus als «Brennpunkt» bezeichnet. Seit 2015 steigt die Zahl der «gewaltsamen linksextremistischen Ereignisse» laut den Berichten an: Von 49 Ereignissen 2015 auf 115 Ereignisse 2019. 2022 lag die Zahl bei 89 Ereignissen. Der Nachrichtendienst schreibt: «Die Szene organisiert Demonstrationen, verübt gezielt Sachbeschädigung und Brandstiftung und setzt unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen sowie körperliche Gewalt ein.» Da ist kein Konjunktiv zu finden, wie es die Beanstanderin ins Feld führt. Was die Zukunftsaussicht betrifft: «Es ist mit zunehmender linksextremistischer direkter Gewalt gegen unter anderem Sicherheitskräfte zu rechnen». Der NDB bestätigte auf unsere Anfrage hin, dass dies auch 2023 in der Tendenz stimmt.

Und noch eine persönliche Anmerkung des Autors: «Die Vorgänge an einer Demo wie in Winterthur zu dokumentieren, dort zu filmen, ist äusserst ungemütlich. Die Bilder im Beitrag zeigen bei Weitem nicht alles, was unserem Team dort widerfahren ist. Die körperliche Bedrohung war harsch. Die Gewaltbereitschaft im linksextremen Lager zu verneinen, erscheint m.E. also reichlich blauäugig.»

Sequenz der Waldbesetzung im Kanton Aargau

Im Redetext erwähnen wir, dass sich die Besetzung als Protest gegen einen Steinbruch versteht. Miriam Rizvi sagt im Beitrag/o-Ton: «Wir wollen die Rodung des Waldes stoppen, um unser Klima und die Zukunft zu schützen.» Damit ist klar, worum es geht, nämlich um eine Aktion zum Klimaschutz. Ob der Steinbruch nun von Holcim oder einer anderen Firma betrieben wird, erscheint in diesem Zusammenhang als nicht relevant. Hinzu kommt, dass

auf einem der folgenden Bilder der Konzernname «Holcim» zu lesen ist, zusammen mit dem Wort «Klimakiller». In unserer Abwägung reichte das, um die Stossrichtung der Proteste aufzuzeigen. Hauptsächlich ging es im Beitrag ja um die Methoden, die Miriam Rizvi anwendet – «Direct Action» etc. Unserer Meinung nach konnten sich die Zuschauerinnen und Zuschauer so ein Bild dieser Methoden machen, um sie auch zu bewerten, im Kontext mit den politischen Inhalten, die Frau Rizvi vertritt.

Juso und Radikalismus

Wir haben die Juso im Beitrag nie als «linksextrem» bezeichnet, und zwar bewusst nicht. Bei Melanie del Fabro ist es vielmehr sie selbst, die mit dem Begriff kokettiert, wie man im Beitrag sieht. Wir stellten lediglich die Frage, was sie damit meine und wo sie ihre Grenzen setzt. Die Mitglieder der Juso haben in diesem Beitrag mehrmals die Möglichkeit, sich von Gewalt und illegalen Methoden zu distanzieren, Überschneidungen mit der Linksextremen zu erklären oder zu verneinen. Insofern sehen wir da keine Manipulation von Zuschauenden.

In diesem Sinne sind wir überzeugt, zu einem emotionalisierenden Thema sachgerecht und transparent berichtet zu haben. Das Publikum konnte sich jederzeit eine eigene Meinung bilden.

Die **Ombudsstelle** hat sich den Beitrag ebenfalls angesehen und hält abschliessend fest:

Der Bericht der Rundschau vom 8. Mai 2024 thematisiert das Verhältnis der Jungsozialist*innen (Juso) in der Schweiz gegenüber gewaltbereiten linksextremistischen Kreisen. Die Ausstrahlung der Sendung erfolgte wenige Tage nach Demonstrationen am 1. Mai, bei denen es zu Sachbeschädigungen kam, und nach Ausschreitungen in der Nacht vom 4. auf den 5. Mai 2024 in Bern rund um die Reithalle, in deren Rahmen mehrere Polizisten verletzt wurden. Konkret wird der Frage nachgegangen, ob und in welcher Form sich Exponent*innen der Juso von gewalttätigen Aktionen distanzieren.

Im Bericht werden verschiedene Formen von Gewalt gegen Personen und Sachen dargestellt, zum Teil durch Aufnahmen der 1. Mai-Demonstration in Winterthur und der Ausschreitungen vom 4./5. Mai 2024 in Bern, zum Teil mit Bildmaterial von früheren Demonstrationen mit Gewalt gegen die Polizei, Gewalttaten gegen Personen im Ausland und einer Waldbesetzung im Kanton Aargau im Zusammenhang mit einem geplanten Steinbruch.

Verschiedene Vertreter*innen der Juso erhalten Gelegenheit, sich einlässlich zu ihrem Verhältnis zu linksradikalen Kreisen und zur Anwendung von Gewalt zu äussern. Sie tun dies differenziert und mit unterschiedlich klaren Aussagen.

Nach Ansicht der Ombudsstelle wird das gesellschaftlich relevante Thema des Verhältnisses von Exponent*innen der Jungpartei einer Bundesratspartei zu Gewalttaten links-extremistischer Kreise sachgerecht abgehandelt.

Korrekterweise wird aufgezeigt,

- dass in der Schweiz (auch) durch linksextreme Kreise Gewalt ausgeübt wird;
- dass durch diese Gewalttätigkeit auch Menschen, namentlich Polizist*innen verletzt wurden;
- dass es unterschiedliche (auch niederschwelligere) Formen von Gewaltausübung gibt, von Besetzungen mit passivem Widerstand gegen die Polizei, Sachbeschädigungen (Sprayereien, Beschädigungen an Häusern und Fahrzeugen etc.) bis hin zu Attacken gegen Menschen;
- dass im linksextremistischen Umfeld auch Organisationen mit grenzübergreifenden Kontakten bestehen, die in Deutschland gemäss rechtskräftigen Gerichtsurteilen für schwere Körperverletzungen verantwortlich zeichnen.

Der Bericht der Rundschau erlaubt es den Zuschauer*innen, eine eigene Meinung über das Verhältnis von Exponent*innen der Juso zu gewalttätigen Aktivitäten zu bilden. Vor allem wird seitens der Redaktion auf Kommentare und Wertungen verzichtet.

Zu den konkreten Kritikpunkten der Beanstanderin äussert sich die Ombudsstelle wie folgt:

Tatsache ist, dass gemäss den Jahresberichten des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) in den vergangenen Jahren stets eine mehr oder weniger konstante Anzahl von gewaltextremistisch motivierten Ereignissen aus dem Kreis des Linksextremismus zu verzeichnen war (220 – 226 Vorfälle), von denen nach Angaben des NDB immerhin 49 (2015) – 115 (2019) als gewaltsam eingestuft wurden. In den letzten Jahren wurde die folgende Anzahl Gewalttaten verzeichnet: 2019: 115, 2020: 107, 2021: 81, 2022: 89¹. Dass es von linksextremer Seite auch in der Schweiz zu Gewaltakten gegenüber Personen gekommen ist, ist namentlich aufgrund der medial dokumentierten Auseinandersetzungen an Demonstrationen bekannt und wird auch im NDB-Bericht per 2022 (FN 1, S. 50) festgehalten. Sodann zeigt auch ein Vergleich mit der Zahl der gewaltextremistisch motivierten Ereignissen mit rechtsextremistischem Hintergrund, dass es sich bei den vom NDB registrierten Aktivitäten von linksextremistischen Kreisen auch im Vergleich um eine relevante Zahl handelt, wurden doch hier seitens NDB erheblich weniger Vorfälle dokumentiert (2025 – 2022: Vorfälle generell: 16 – 53; Gewaltvorfälle: 0 – 12). Im Kontext des Fokus des Beitrages (Positionierung von Exponent*innen der Juso gegenüber linksextremistischer Gewalt) ist es im Übrigen irrelevant, ob links- oder rechtsextremistische Kreise mehr Gewalt gegen Personen verüben. Angesichts des Mengengerüsts im NDB-Bericht dürfte jedoch die diesbezügliche Aussage der Beanstanderin für die Schweiz nicht zutreffen.

¹ Bericht NDB 2022: <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/72368.pdf>

Bericht NDB 2023: <https://backend.vbs.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-vbsch-files/files/2023/11/09/6555f3c3-4e21-42e8-a37d-3ddb0ca90299.pdf>

Der Beanstanderin ist darin Recht zu geben, dass die Aussage in der Anmoderation, wonach der NDB «schon länger» von einer Zunahme der linksextremen Gewalt warne, in dieser pauschalen Form zumindest gemäss den NDB-Zahlen für die letzten drei Jahre nicht belegt ist. Ob sich die Feststellung einer Zunahme linksextremistischer Gewalttaten aufgrund der Entwicklungen und Schäden bei den Kundgebungen mit Gewaltanwendung belegen lässt, vermag die Ombudsstelle nicht zu beurteilen. Für die Fragestellung des Rundschau-Berichts war jedoch nicht entscheidend, ob im Jahr 2024 prospektiv von einer Zunahme von Gewalttaten für die nächsten Jahre auszugehen ist. Zentral ist vielmehr die Aussage, dass es in den letzten Jahren regelmässig in einem nicht geringen Umfang zu gewaltsamen Ereignissen mit linksextremistischem Hintergrund kam, diese Aktivitäten nicht signifikant zurückgingen und der NDB den gewalttätigen Linksextremismus nach wie vor als relevant einschätzt und davor warnt.

Was die Szene der Waldbesetzung im Kanton Aargau betrifft, hält die Ombudsstelle wie die Redaktion fest, dass aufgrund der gezeigten Bilder die Zuschauer*innen davon ausgingen, dass es um ein Steinbruch-Projekt der Holcim ging. Dies gilt selbst für den Fall, dass das Banner mit der Aufschrift «Holcim» nicht im Zusammenhang mit dem Steinbruch-Projekt fotografiert wurde, sondern bei einem anderen Kieswerk-Projekt dieser Firma. Auch geht aus dem Bericht hervor, dass es in diesem Fall um eine Protestaktion im Zusammenhang mit diesem konkreten Vorhaben ging und nicht um eine anlasslose Auseinandersetzung mit Polizeikräften, wie sich insbesondere aus den Aussagen der Aktivistin während der Waldbesetzung ergibt, wo explizit auf die Klimathematik hingewiesen wurde.

Mit den Gewaltszenen aus Deutschland wird auf die internationalen Verflechtungen im Bereich der «Antifaschistischen Aktion - Antifa» und auf die Sympathiekundgebungen auch in der Schweiz für die gerichtlich verurteilte Aktivistin Lina Bezug genommen. Dies auch vor dem Hintergrund eines international verwendeten Klebers «161 Crew» auf dem Rucksack der interviewten Melanie del Fabro. Auch hier erhält Melanie del Fabro Gelegenheit, einlässlich zu den Aktionen Stellung zu nehmen.

Entgegen den Ausführungen der Beanstanderin werden im Rundschau-Beitrag gewalttätige Aktionen im linksextremistischen Umfeld in einer sachgerechten Art dargestellt und die Exponent*innen der Juso können ihre Einschätzungen in angemessener Weise wiedergeben und sich positionieren. Der Vorwurf, die Juso sei selbst extremistisch oder gar gewalttätig wird nicht erhoben. Mit Adrian Oertli kommt auch ein ehemaliger Linksaktivist zu Wort, der ein differenziertes Bild zwischen linksextremistischen Kreisen und der Juso wiedergibt.

Die Ombudsstelle erblickt im beanstandeten Bericht somit keine Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots von Art. 4 des Radio- und Fernsehgesetzes.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz